



Umbruch im östlichen Europa Die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis

HerausgeberInnen: Andrei Corbea-Hoisie, Rudolf Jaworski, Monika Sommer (Hg.)

Erschienen: 12.2004 im Studienverlag GmbH Wien

ISBN: 3-7065-1930-5

Seitenzahl: 168

Sprache: Deutsch

Kurzbeschreibung: Das Ende des Kommunismus in Osteuropa als eine der zentralen Zäsuren der jüngsten Vergangenheit hat auch einen Anfang bedeutet: für die Aufarbeitung der eigenen Geschichte, für die ersten Schritte hin zu einem neuen Selbstverständnis. Dies ging keineswegs konfliktfrei vor sich - und auch die westlichen Nachbarländer waren und sind von diesen Transformationsprozessen seit 1989/90 weiterhin betroffen. Erstmals liegen überzeugende Analysen zu den verschiedenartigen Umbrüchen im östlichen Europa und deren vielfältigen Auswirkungen vor, wobei besonders die länderspezifischen Gedächtnismuster und Identitätsspezifika im Vordergrund stehen.

Inhalt:

Peter Niedermüller (Prof. für Europäische Ethnologie an der HU Berlin):
Der Mythos der Gemeinschaft: Geschichte, Gedächtnis und Politik im heutigen Osteuropa

Rudolf Jaworski (Prof. für Osteurop. Geschichte an der Universität Kiel):
Geschichtsdenken im Umbruch. Osteuropäische Vergangenheitsdiskurse im Vergleich

Csaba G. Kiss (Dozent des Lehrstuhls für Kulturgeschichte der Philosoph. Fakultät der Universität ELTE Budapest):
Nationalhymnen in Ostmitteleuropa nach 1989: Kontinuitäten und Diskontinuitäten

Michael Shafir (Coordinator for European Affairs the Newslines team at Radio Free Europe / Radio Liberty Praha):
Anti-Semitism in post-communist East Central Europe: A motivational Taxonomy

Jaroslav Strítěcký (Professor für Soziologie und Philosophie der Masaryk Universität Brno):
Das kollektive Gedächtnis oder die kollektive Selbstverdrängung? Zu den nationalen Identitätsmustern nach 1989

Jan Pauer (Historiker, wiss. Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen):
Geschichtsdiskurse und Vergangenheitspolitik in der Tschechischen und Slowakischen Republik nach 1989

Mariana Hausleitner (PD am Fachbereich Geschichtswissenschaften der FU Berlin):
Nationalismus in der postkommunistischen Geschichtsschreibung Rumäniens, der Moldaurepublik und Ukraine

Elena Mannová (Archivarin und Historikern, wiss. Mitarbeiterin am Histor.

Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften in Bratislava):
Der Kampf um Geschichtslehrbücher in der Slowakei nach 1990

Victor Neumann (Professor für Rumän. und Ost-Mittel-europ. Geschichte an der West Universität zu Timișoara):
Alternative Romanian History Textbooks as Sites of Memory

Karin Liebhart (Studentin der Politikwissenschaft und Ethnologie an der Universität Wien):
Neuentwürfe nationaler Identitäten im Prozess der europäischen Integration:
Tourismus-Images und nationale Selbstbilder in Bulgarien, Österreich und Ungarn

Themen- und Buchbesprechung

Im Vergleich etwa mit post-diktatorischen Gesellschaften Südamerikas beinhaltet auch die Transformation der post-sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas neben der politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung eine moralische Erneuerung der Nation, die als wahres Opfer des Sozialismus jetzt wieder "auferstehen" soll. In diesem Prozess spielen die Vergangenheit, die eigene Geschichte, die Traditionen eine besonders wichtige Rolle, wobei der Aufarbeitung des kollektiven Gedächtnisses eine zentrale, konstitutive Bedeutung zukommt. Die "Befreiung vom Schmutz des Sozialismus" wird nach dem politischen Systemwechsel in der nachsozialistischen Welt als ein beispielloser moralischer Akt dargestellt und interpretiert, der zur Entwicklung einer "moralischen Ökonomie" des Postsozialismus führte, die als komplexes System in vielen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und in zutiefst widersprüchlichen ideologischen Kontexten funktioniert und wirkt. Vordergründig geht es, anknüpfend an die Zwischenkriegszeit, die neu entdeckt wird, um die Wiederherstellung der historischen Kontinuität, die durch die sozialistische Periode unterbrochen worden sei. Eine neue, postsozialistische Gesellschaft könne also nur zustande kommen, nachdem die historische Vergangenheit und die Nation neu gedacht und konzipiert worden sind. Zu diesem Zweck werden Geschichtsbücher neu geschrieben, neue Feiertage und diverse Formen von Gedächtnis- und Erinnerungsritualen kommen zum Einsatz, Schausammlungen und Museen dienen zur visuellen Repräsentation und Illustration des neu gedachten Geschichtsbildes. Ein grosses Problem stellen die abweichenden und sogar miteinander konkurrierenden Erinnerungskonzepte und Gedächtnisse verschiedener sozialer Gruppen dar. In diesem Spannungsfeld von kollektivem Gedächtnis und historischer Wahrheit fängt nach *Peter Niedermüller* der symbolische Kampf um die Vergangenheit an, der zwingend zur (Re-)Politisierung der Erinnerung und des Gedächtnisses und zur Mythologisierung der Geschichte führt. So erstaunt es nicht, dass die mythologisierte Geschichte wesentlich dazu beiträgt, dass sich im Zuge des gesellschaftlichen und politischen Wandels in den postsozialistischen Gesellschaften eine politisch gefärbte, ideologisch motivierte und kulturell repräsentierte Vergangenheitsorientierung entwickelt hat. Parallel zur Geschichtsaufarbeitung hat sich der Postsozialismus die Idee der nachholenden Modernisierung ins Buch geschrieben. Damit soll eine Interpretation der Rückkehr zum Nationalen als eine politische oder kulturelle Zurückgebliebenheit ausgeschlossen, als vielmehr die Nation (als einzige moralische Alternative und Instanz) ans westliche Modell der Moderne angebunden werden. Die Vergangenheitsorientierung in postsozialistischen Gesellschaften kann teilweise auch mit dem Phänomen der ontologischen Unsicherheit der Menschen in diesen Gesellschaften erklärt werden, die durch den Zusammenbruch des Sozialismus ausgelöst wurde und die bisher leitenden Sicherheitsvorstellungen irrelevant werden liess.

Die Rekonstruktion der Geschichte, der Umbruch der gültigen Geschichtsbilder oder die historische Selbstvergewisserung verläuft in Osteuropa nicht ohne Turbulenzen - das Aufflammen des Nationalismus mit Mündung in Krieg und mit gegenseitiger physischer Vernichtung der Ethnien wie im ehemaligen Jugoslawien hat das Negativbild Osteuropas bei den Zeitgenossen gefestigt. Eines ideologischen Vakuums und dessen Kompensation durch Nationalismen aller Art ist man sich in Ost und West bewusst. Der Nationalismus profitierte vom Kollaps des Kommunismus, herbeigeführt habe dieser ihn aber nicht, meint *Rudolf Jaworski*, der wiederum Bezug nimmt auf einschlägige Studien aus der Fachwelt. Die subtileren Abläufe der Rekonstruktion und Rehabilitierung von teils verleugneten, teils diskriminierten und deformierten nationalen Geschichtsbezügen gingen und gehen an dem aussenstehenden Betrachter, v.a. Westeuropa, weitgehend vorbei. So wurde der Prozess des Neuanfangs im Geschichts(um)denken in manchen Ländern wie in Ungarn oder auch Rumänien, jedes Land auf seine Art, schon während der kommunistischen Ära eingeleitet bzw. vorbereitet und als "Nationalkommunismus" "verkauft". Für Václav Havel bedeutete der Kommunismus jedoch einen historischen Stillstand, eine Narkose, aus der die Gesellschaft erst nach den Umbruchsjahren 1989-91 wieder erwachte. Havel stammt aus einem Land, wo eigenständige Geschichtsauffassungen unter dem Kommunismus besonders hart geknebelt gewesen sind. In Polen wiederum hat es der Kommunismus nie vermocht, die tief verwurzelten nationalpatriotischen Geschichtstraditionen auszumerzen. Problematisch geworden ist die vielerorts zu beobachtende, oftmals recht unkritische Glorifizierung der Zwischenkriegszeit, die den Kult um einen Piłsudski in Polen, um einen Tiso in der Slowakei oder um einen Antonescu in Rumänien ermöglicht hat. Selbstverständlich müssen die (osteuropäischen) Historiker einsehen, wollen sie ihrer Glaubwürdigkeit nicht verlustig gehen, dass es bei der Determination umstrittener Führerpersönlichkeiten der Korrekturen bedarf. Dieser nicht unpolitische Diskurs war und ist mit viel Streit und Meinungsverschiedenheiten verbunden und wird es auch in Zukunft sein. Bei der Verlegung von Grabstätten (Nagy, Sikorski) oder bei der Diskussion um die Entfernung des Leninmausoleums auf dem Roten Platz in Moskau ging es weniger um eine Auseinandersetzung mit der Geschichte oder um den historischen Wert der Gestalten, sondern vielmehr um ein Kräftemessen zwischen politischen Lagern; Denkmäler figurieren als Instrumente für den politisierten Stellvertreterkrieg. So ist auch die Neubewertung des ungarischen Aufstandes von 1956 zu einem Gegenstand zwischenparteilicher Auseinandersetzungen geworden. In anderen Ländern wie Weissrussland, Slowenien, Slowakei und Ukraine, ganz zu schweigen von den neuen Staaten Zentralasiens, mussten nationalgeschichtliche Sinnbezüge hergestellt bzw. erfunden und das Staatsverständnis neu definiert werden, während der Verlust der Sowjetunion in Russland als demütigender Abschied vom Status einer Weltmacht empfunden wurde. Fragen dieser oder ähnlicher Art betreffen meistens auch die angrenzenden Nachbarstaaten, denn die ethnischen Gemengenlagen sind in Osteuropa besonders kompliziert. So betreffen die ukrainische Staatsbildung auch die russischen Interessen, Siebenbürgen die magyarischem-rumänischen Rivalitäten, die Opferkonkurrenz in der Jedwabne-Debatte berühren gleichzeitig Polen und Juden. Diverse martyrologische Denkfiguren und Argumentationsmuster können also einer kritischen Aufarbeitung der Geschichte grundsätzlich im Wege stehen, usw. Vielfach haben die aktuellen Probleme der Geschichte Osteuropas einen gesamteuropäischen Bezug.

Mit dem Thema Nationalhymnen in Ostmitteleuropa befasst sich *Csaba G. Kiss* ausführlich anhand von Länderbeispielen. Eine Nationalhymne betrachtet er als eines der grundlegenden Symbole des modernen Staates, bzw. der modernen Nation. Sie spielt sozusagen die Rolle des Seismographen kollektiver Identitätswürfe, sie bezeugt die kulturelle Kontinuität eines Volkes über Jahrhunderte. Bei der Behandlung der Hymnenfrage kann man in Ostmitteleuropa drei Gruppen unterscheiden. In einigen Fällen, wie Polen, Ungarn und Tschechien stellte sich unter den neuen politischen Bedingungen die Frage der Auswahl der Melodie und des Textes gar nicht neu. Andere Länder wie Rumänien und Slowenien wählten klassische patriotische Gedichte des 19. Jahrhunderts und eine dritte Gruppe von Ländern (Bulgarien, Ukraine) konnte sich bis heute noch nicht ganz einigen.

Nach der Wende in der Tschechoslowakei kamen bekanntlich Helden vom Typus Masaryk wieder zu Ehren, die im Kommunismus tabuisiert worden waren. Ausserordentlich viel wurde von der Errichtung einer bürgerlichen Gesellschaft gesprochen. Betrachtet man aber die jüngere tschechische

Geschichte genauer, so stellt man fest, dass der radikale Ruck nach Links in der tschechischen Nachkriegsgesellschaft authentisch war, indem er zeitlich vorbereitet wurde. Schon das 'Manifest der tschechischen Moderne' von 1895, eine Reaktion auf die kapitalistische Modernisierung, wies eine deutliche Annäherung an die Ideen der Arbeiterklasse auf. Und auch der nachfolgende tschechische Nationalismus hatte sich als soziale Emanzipationsbestrebung verstanden und prägte nach 1918 das öffentliche Leben in der Ersten Republik. Ferner wären auch die Vereinbarungen zwischen der Londoner (Beneš) und der Moskauer (Gottvald) tschechoslowakischen Emigration, die die erste Nachkriegszeit kennzeichneten, ohne diese ideelle Vorbereitung nicht denkbar gewesen. Das Wählerverhalten von 1946 war unmissverständlich und richtete sich nach der geographischen Lage: am radikalsten links wurde in Böhmen gewählt (die KP erhielt 40% der Stimmen), während die Slowaken am schwächsten kommunistisch abschnitten. Diese Konstellation wurde von den tschechischen Kommunisten ausgenutzt, für die es ein leichtes Spiel geworden war, die Macht zu usurpieren. Ebenfalls muss der Aufstand von 1968 als ein Versuch linker Reformkommunisten (Dubček, Šik) gewertet werden, die linke Kontinuität mit einem Sozialismus "mit menschlichem Antlitz" in der Tschechoslowakei zu bewahren. Auch ein Dissident wie Václav Havel war alles andere als ein bürgerlicher Rechtskonservativer (aK), und ohne die inzwischen einigermaßen rehabilitierte KP wäre auch Václav Klaus 2003 nicht zum Staatspräsidenten Tschechiens gewählt worden. Die hier von *Jaroslav Stránecký* aufgearbeiteten Beispiele illustrieren die traditionellen linken Neigungen der Tschechen und zeigen die mentalen Unterschiede Tschechiens zu seinen Nachbarn, etwa den Slowaken oder Polen, interessant auf. Analoge Studien für andere Länder wären sehr zu wünschen.

Selbst eingebürgerte Linkstraditionen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kommunismus in der Tschechischen Republik überwiegend als eine nationale Katastrophe empfunden wurde, während, wie *Jan Pauer* ausführt, die Situation und die politische Kultur in der Slowakei ganz anders geprägt ist. Während die Tschechen sich für eine radikale Abrechnung mit der kommunistischen Vergangenheit entschieden, schienen die analogen Prozesse in der Slowakei relativ schmerzlos in der Gestalt einer Matamorphose in die Gegenwart überzugehen. Unter Mečiar, einem Politiker, der sich im Westen wegen seines autoritären Führungsstils unbeliebt gemacht hatte, gab es weder eine Vergangenheitsbewältigung mit dem Faschismus noch eine Verurteilung oder Verfolgung von ehemals kommunistischen Funktionären, die sich so problemlos zu slowakischen Patrioten umwandeln konnten. Schon damals fiel die politische Repression nach 1968 in der Slowakei schwächer aus als im tschechischen Landesteil, wo man das kommunistische Regime primär als politische Unterdrückung wahrnahm, während die Slowaken sich primär national gehemmt fühlten. Etwa bei der Modernisierung und Urbanisierung des Landes hatte die im Vergleich zu Böhmen und Mähren rückständigere Slowakei vom kommunistischen Regime sogar profitiert. Und die Republikgründung von 1918 bedeutete für die Tschechen die Erfüllung ihrer nationalen Träume, während sie von den Slowaken eher als eine Rettung vor dem ungarischen Assimilierungsdruck wahrgenommen wurde. Der hohe Preis, den die Slowaken als "jüngerer Bruder" zu bezahlen hatten, war sich den politischen und kulturellen Ambitionen der national und wirtschaftlich stärkeren Tschechen auszusetzen. So wurde die Auseinandersetzung mit dem Tschechoslowakismus in der Slowakei immer bewusst oder unbewusst und latent kritisch geführt, während sich die Tschechen mit ihm mühelos identifizierten. Das einzige Problem nach der Teilung der Tschechoslowakei im Jahre 1992 war einen Landesnamen für "Tschechien" zu (er)finden. Und wie *Elena Mannová* zu berichten weiss, hätten (slowakische) ethnologische Forschungen zur slowakischen Identität darauf hingewiesen, dass sich die Slowaken im Vergleich zu anderen Nationen Europas durch ein schwächeres Nationalbewusstsein auszeichneten, relativ wenig ethnozentrisch seien und sich marginalisiert fühlten. Vielleicht müsste man noch die 500-600 Tausend Magyaren fragen, wie es in der Slowakei mit dem slowakischen Ethnozentrismus genau aussieht (aK).

In ihrem Beitrag über den Kampf um Geschichtslehrbücher in der Slowakei nach 1990 fasst Mannová die verfahrenere Situation anekdotisch wie folgt zusammen: "Ein Teil der Historiker wollte den Kindern vom Ruhm der slowakischen Nation erzählen. Und ein anderer Teil der Historiker hielt es für wichtig, dass die Schüler beim Geschichtsunterricht nachdenken lernen. Und die Unterrichtsministerin sagte, dass sie im Ministerium festlegen, welche Begutachtungen gut sind. Und die Lehrer und Kinder hatten keine Lehrbücher und benutzten tschechische. Und jetzt haben sie zwei gegensätzliche". Eine

Kontroverse gab es auch um ein Geschichtslehrbuch, das speziell für Roma erarbeitet wurde: "Und die Roma-Kinder lernen nun eine andere/fremde Geschichte, oft in einer fremden Sprache. Und die Nationalisten konnten sich an dem Roma Geschichtslehrbuch nicht freuen, weil später ebenso Magyaren ein ähnliches haben wollten. Und die Regierung will Ruhe haben. Und erst ordentliche Roma-Meutereien würden ihr Interesse wecken". Dieses umstrittene, selbst vom Kaschauer Bischof eingeseignete Lehrbuch wurde in seiner tschechischen Version zwar amtlich bewilligt, doch in den slowakischen Schulen fehlt es stets, während der Verleger mit ihm als dem angeblich ersten verbotenen Buch nach 1989 offenbar gute Geschäfte macht.

Gerade auch die Beispiele Rumänien, Moldova und Ukraine zeigen, wie un- bzw. pseudowissenschaftlich, letztlich wie einseitig, willkürlich und manipulativ mit neuer Geschichtsschreibung umgegangen wird. „Objektivität“ ist in diesen Ländern ein Fremdwort, die Verdrehung der „historischen Wahrheit“ steht, je nach aktuellem politischen Kurs, an der Tagesordnung. Eine ganze Palette von Hofhistorikern sind jeweils eifrig damit beschäftigt, im Namen der „Titulnation“ die Geschichte den neuen politischen Opportunitäten „anzupassen“, oft mit dem Ziel über die Historiographie den ungeliebten nationalen Minderheiten, die ihre Rechte einfordern und die neu errungene Souveränität in Frage stellen könnten, zu schaden. So werden immer mehr nationale Ideen aus der Zwischenkriegszeit übernommen, das "historische Recht" wird durch die "bodenständige Bevölkerung", z.B. die rumänische, usurpiert, um gleichzeitig gegen die Magyaren, Deutschen, Juden usw., die verstreut in „Enklaven“ lebten, ideologisch vorgehen zu können. Oder in neuen Geschichtsbüchern wird die Rolle umstrittenerer Führerfiguren wie z.B. diejenige Antonescus uminterpretiert, seine Reden werden zum Thema passend unkommentiert abgedruckt. Nur sehr wenige wagen und wagen es, früher wie heute, sich gegen den offiziellen Kurs zu wenden. So werden, bis zur erneuten Korrektur, ganze Generationen mit „neuen“ historischen „Wahrheiten“, sprich mit subtilen Geschichtsklitterungen, versorgt.

Noch viel schwieriger tut sich die souveräne Moldaurepublik mit ihrer historischen Vergangenheit, die auf dem Boden "Bessarabiens" liegt. Das zentrale Problem der Historiker in Moldova ist es, die Verbundenheit mit der Geschichte Rumäniens unter Beweis zu stellen. Wenn man berücksichtigt, dass das Gebiet der heutigen Republica Moldova lediglich 26 Jahre zu Rumänien gehörte, während es 1812-1917 ein Teil des Zarenreichs war und 1944-1991 zur Sowjetunion gehörte, sind die Unsicherheiten nachvollziehbar. So sind in Moldova verschiedene "Geschichtswerke" erschienen, die alle von unterschiedlichen Territorien als Rahmen ausgehen. Noch auffälliger sind die neuen Geschichtsinterpretationen im separatistischen Dnjestr-Gebiet Smirnovs, wo besonders hervorgehoben wird, dass "Transnistrien" nie zu Rumänien gehört hat. In der Ukraine sehen sich heimische Historiker mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Hier haben sie u.a. Fragen der historischen Rolle von "Helden" wie Petljura, Bandera usw. zu klären. Ein wichtiger Schwerpunkt der ukrainischen Forschung wurde nach 1991 der antikommunistische Widerstand. Dabei kann sich das Staatsarchiv in Kiev der Unterstützung von ukrainischen Emigranten erfreuen. *Mariana Hausleitner* sieht in der Analyse der Historiographie dieser drei untersuchten Länder einige Gemeinsamkeiten: So schreiben viele Historiker eine Geschichte ihrer Nation und nicht die ihres Staatsterritoriums und greifen so unweigerlich zu Verkürzungen. In all diesen Ländern kann also auch bei der Geschichtsschreibung eine gewisse "Rückfälligkeit" in traditionelle Verhaltensweisen diagnostiziert werden. Für diesen eingengten Blickwinkel dürften u.a. die Biographien der Historiker verantwortlich sein. Die Aufarbeitung des Stalinismus wurde etwa voreingenommenen Leuten aus kleinen Dissidentenkreisen überlassen, ehemalige (politische) Häftlinge begannen die Zeit nach 1945 aufzuarbeiten, usw. Vertreter aus solchen Kreisen beteiligen sich auch heute wieder an der politischen Arbeit. Auch einige Antisemiten versuchen sich, als Vorkämpfer für "verlorene Ostgebiete" zu profilieren. Im Zuge des Bestrebens Rumäniens, NATO- und EU-Mitglied zu werden, soll faschistische Propaganda und die Negierung des Holocausts unterbunden und mit Gefängnis bestraft werden.

Wie die Neuentwürfe nationaler Identitäten im Zuge der europäischen Integration auch in der Tourismuswerbung ostmitteleuropäischer Staaten, die sich nach 1989/90 einer Verwestlichung unterzogen, ihren Niederschlag fanden, zeigt der lesenswerte Beitrag von *Karin Liebhart* auf, der

Bulgarien, Ungarn und Österreich komparativ behandelt. So hat Bulgariens Tourismuswerbung nicht nur damit begonnen, den traditionell europäisch-christlichen Charakter dieses Balkanlandes zu betonen, sondern in diesem Zusammenhang vermehrt auch darauf hingewiesen, dass Bulgarien die europäische Kultur gegen die aus dem Osten und Süden drohende islamische Gefahr, "Türkisches Joch" genannt, verteidigt habe. Bulgarische Politiker schreckten auch nicht davor zurück, Europa der Undankbarkeit gegenüber Bulgarien, das diese historische Leistung in Anspruch nehmen könne, zu bezichtigen und es wegen des Verkaufs des Landes an die Sowjetunion in Jalta des Verrats zu beschuldigen. Im Zuge der Multikulti-Welle (die z.B. in Deutschland und Holland von verschiedener Medienseite inzwischen als gescheitert erklärt wurde, aK) lässt sich Bulgarien in letzter Zeit gerne auch als Schmelztiegel der Kulturen darstellen (was es in der Tat auch ist, aK). In dieses Bild vom Tourismusprospekt passt dann jeweils eine römische Ruine, eine orthodoxe Kirche, eine Moschee und eine (schön restaurierte, aK) Synagoge. Mit der Selbstzuschreibung der Toleranz gegenüber ethnischen Minderheiten und der Aufgeschlossenheit gegenüber fremden Kulturen, was als typisch bulgarische Charakterzüge angepriesen wird, entfernt sich die bulgarische Tourismuswerbung jedoch von der Realität bulgarischer Minderheitenpolitik, wie sie zumindest unter Šivkov praktiziert worden war. Auch Ungarn betont in seiner Tourismuspropaganda seinen christlich-europäischen, multikulturellen Charakter und seine Funktion als traditioneller Brückenbauer zwischen den Kulturen. Schon lange vor dem Systemwechsel hatte sich Ungarn als europäisches Land gesehen, und es wurde auch im Fremdbild als der westlichste Teil des Ostens wahrgenommen - dies im Unterschied zu anderen ehemaligen Ostblockländern. Ungarn beansprucht für sich, in Konkurrenz mit Anderen, geographischer Mittelpunkt Europas und seit über 1000 Jahren fest in der europäischen Kultur verwurzelt zu sein und ebenfalls als Bollwerk gegen den Islam eine wichtige Rolle gespielt zu haben. In diesem west-östlichen Koordinatennetz wird auch an Österreich erinnert, das als äusserster Vorposten des freien Westens bei der Grenzöffnung am Eisernen Vorhang von 1989 eine ausserordentlich wichtige Rolle spielte. Für die Wiener Reklame ist es klar und deutlich: Wir sind nicht nur in Europa, sondern "wir sind Europa". Mit dem Verschwinden des Ostblocks ist das Österreichs Bewohnern vertraute (ausser)politische Orientierungssystem abhanden gekommen. So mussten auch in Österreich, 1.1.1995 der EU beigetreten ist, die altbekannten Bilder der Differenz zum "Osten" reaktualisiert und die eigentliche Zugehörigkeit zum Westen wieder eindeutiger festgeschrieben werden. Der hermetisch abgeriegelte Eisernen Vorhang mutierte zu einer problematischen Ostgrenze; diese neuen Umstände widerspiegeln sich immer wieder in den Reden der heimischen Politiker, die trotz der stark veränderten Situation nicht müde wurden, die Brückenfunktion ihres Landes, die multikulturelle Drehscheibe, die "Schnittstelle des Kontinents" und den christlichen Charakter Österreich nach wie vor hervorzuheben.

Dieses Buch ist ein gutes Beispiel dafür, wie "Osteuropäische Geschichte" aktuell gehandhabt werden kann. Solche Publikationen sind als mustergültig zu begrüßen, und sie machen die in den vergangenen Jahren geführten Diskussionen über den Sinn oder Unsinn des Faches Osteuropäische Geschichte bzw. Osteuropakunde weitgehend hinfällig.

Andreas Künzli, Dezember 2004